

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Cannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Preis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 6780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 136 | Altensteig, Donnerstag den 13. Juni 1920 | 52. Jahrgang

Folgen der Reparationsregelung

Welche neuen Gesetze sind notwendig?

Von unserem parlamentarischen Dr. E. L. Mitarbeiter

Mit dem Abschluß des Vertrags der Pariser Sachverständigen ist nur ein Teil der Arbeit getan, die notwendig ist, um die endgültige Regelung der Reparationsfrage für Deutschland und in Deutschland herbeizuführen. Jetzt erst beginnt eine außerordentlich schwere und größte Sorgfalt erfordernde Arbeit der deutschen Regierung. Der Sachverständigenbericht gewinnt erst dadurch für die beteiligten Staaten bindende und gesetzliche Kraft, daß ihre Regierungen in einem internationalen Vertrage vereinbaren, ihn anzunehmen und seine Ausführung zu Hause zu veranlassen. Der Abschluß eines solchen internationalen Abkommens ist der Hauptzweck der politischen Konferenz der Regierungen von Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und eine Reihe kleiner Staaten, die in kürzester Zeit sich versammeln wird. Mit der endgültigen Lösung der Reparationsfrage ist das Problem der Rheinandrängung unmittelbar verknüpft, seitdem durch die Initiative der deutschen Regierung auf der letzten Völkerbundstagung in Genf durch Beschluß der beteiligten Mächte eine Verabredung darüber getroffen worden ist. Die Rheinandrängung wird daher auf der politischen Konferenz bestimmt in irgendeiner Form zumindest erörtert werden. Aber zur Zeit ist es noch eine offene Frage, ob schon jetzt auch über sie ein internationaler Vertrag zu erreichen sein, oder ob die Lösung dieses so schwerwichtigen Kernstückes unserer Belastung durch den verlorenen Krieg noch hinausgezögert werden wird. Das Rheinlandproblem wird die politische Hauptfrage, die Zustimmung zum Pariser Bericht jedoch die materielle und formelle Hauptfrage der kommenden Konferenz sein.

Sowohl der Inhalt wie die Form des internationalen Vertrages werden keiner Schwierigkeit begegnen, so daß dieser Gegenstand allein nicht viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Regierungen haben überdies aus verschiedenen Gründen ein Interesse, daß das neue Reparationsregime am 1. September d. J. in Kraft trete. Es bedarf nicht nur einer gewissen, wenn auch kurz bemessenen Zeit zur Ueberleitung vom Dawesplan zum Youngplan, sondern gerade bei uns in Deutschland des Erlasses einer ganzen Anzahl neuer Gesetze. Mehrere Einrichtungen, die der Dawesplan zur Ordnung und Sicherung der Reparationszahlungen getroffen hatte, werden durch das neue Regime abgeändert oder ganz überflüssig, während wiederum neue Einrichtungen geschaffen werden, denen der Reichstag gemäß der Verfassung seine Zustimmung geben muß, bevor sie bindende Kraft für das deutsche Volk erhalten. Das gilt für die getroffene Vereinbarung der Regierungen als Ganzes wie auch für besondere einzelne Punkte.

Der Youngplan ändert u. a. besonders wesentlich das Reichsbankgesetz, das Reichsbahngesetz und das Industrie-gesetz. Schon allein diese drei Materien erfordern eine Neuregelung durch Gesetz. Die Reichsregierung ist gegenwärtig bereits mit der Prüfung der Frage beschäftigt, welche Gesetzesvorlagen sie zur Durchführung des Pariser Berichtes an das Parlament bringen muß und ob diese oder jene Vorlage als verfassungsänderndes Gesetz anzusehen ist und aus diesem Grunde nur von der Zweidrittelmehrheit des Reichstages genehmigt werden kann. Es entsteht auch die Frage, ob gewisse Gesetze, die nicht die internationale Verbundenheit der Reparationszahlung betreffen, sondern nur die innerdeutsche Regelung gewisser Punkte der Zahlungen zum Gegenstande haben, erhalten bleiben.

Diese Erwägung bezieht sich zum Beispiel auf das erwähnte Aufbringungs-gesetz. Es ist nur als eine rein innerdeutsche Maßnahme gedacht gewesen, welche die Zins- und die Tilgungsbeträge für die auf der Industrie ruhende Reparationslast auf möglichst breite Grundlage stellen sollte. Es dient also der Ausföhrung des Belastungs-gesetzes. Nach dem Youngplan wird die Industrie von ihrer besonderen Belastung befreit. Man müßte annehmen, daß infolgedessen das Aufbringungs-gesetz hinfällig wird. In den Kreisen der Regierung scheint man aber gegenwärtig noch zu glauben, daß man die Einnahmequelle, die durch das Aufbringungs-gesetz erschlossen worden ist, lustig weiterprudeln lassen kann. Wir halten dieses Verfahren für vollkommen unzulässig, der Youngplan selbst stellt fest: „Diese Sonderbelastung (der deutschen Industrie) unterscheidet sich... in keiner Weise von der gewöhnlichen Besteuerung. Wir empfehlen, daß sie beseitigt und daß

bei der Verteilung der steuerlichen Erleichterungen, zu deren Durchführung unser Plan die deutsche Regierung instandsetzen wird, die Aufhebung berücksichtigt wird.“

Die Pariser Sachverständigen sind demnach der Auffassung, daß die Industrie, das Gewerbe und der Handel vollkommen ausreichend durch die allgemeine Besteuerung zu den Reparationslasten herangezogen werden können. Sie sehen voraus, daß, nachdem nunmehr unser Kriegsschuldenwesen international geregelt sein wird, die deutsche Regierung das Steuerwesen durchgreifend reformieren wird. In der Tat wird sich die Neuregelung der Reparationen innenpolitisch vor allem in einem gründlichen, umfassenden und systematischen neuen Aufbau unseres Steuerwesens auswirken müssen. In dem gleichen Augenblick wird sich auch ein neuer Aufbau des Reichsverwaltungen als nicht länger vermeidbar erweisen. Beide Aufgaben verlangen von Regierung und Parlament die Ausschaltung kleinlicher Gegensätze der Parteien und den Blick auf das große Ganze. Von der Steuer- und Verwaltungsreform wird es zum großen Teil abhängen, ob die deutsche Wirtschaft die Kraft haben wird, die übernommenen Verpflichtungen pünktlich und vollständig zu erfüllen und damit dem Kredit und dem Ansehen Deutschlands zu dienen.

Das Organisationskomitee der Reparationsbank für Ende Juni nach Baden-Baden berufen?

Berlin, 13. Juni. Nach einer „Vorwärts“-Meldung dürfte die Sitzung des Organisationskomitees der Reparationsbank Ende Juni in Baden-Baden beginnen. Das Arbeitsprogramm umfaßt folgende Punkte: 1. Ausarbeitung der Statuten der Reparationsbank, 2. Ueberwachung der Subskription zum Gründungskapital und Vorbereitung zur ersten Aufsichtsratsitzung, 3. Anpassung der innerdeutschen Gesetzgebung, die auf Grund des Dawesplanes erlassen worden ist (Reichsbank, Reichsbahn, Länder usw.) an die neuen Verhältnisse unter dem Youngplan, 4. Uebergang der Befugnisse der Dawesorganismen an die Reparationsbank.

Um die Arbeitslosenversicherung

Berlin, 12. Juni. Die Besprechungen des Reichsarbeitsministers mit den Vertretern der Regierungsparteien in der Frage der Arbeitslosenversicherung wurden im Laufe des Dienstags wieder aufgenommen. Die Besprechungen führten bisher zu keiner Einigung. Insbesondere ist die Frage einer Beitragserhöhung noch strittig. Die Deutsche Volkspartei steht einer solchen Erhöhung nach wie vor vollkommen ablehnend gegenüber. Sie ist der Auffassung, daß eine durchgreifende Reform der Versicherung eine Beitragserhöhung überflüssig machen würde. Demgegenüber sind die Vertreter der übrigen Regierungsparteien, Sozialdemokraten, Zentrum, Demokraten und Bayerische Volkspartei, zu der Ansicht gelangt, daß man sich auf die Dauer einer Beitragserhöhung nicht werde verschließen können. Diese Parteien würden bereit sein, einer Beitragserhöhung, wenn auch nicht um ein Prozent, so doch um ein halbes Prozent zuzustimmen. Bis zum Herbst soll die Regierung ein umfassendes Reformprogramm für die Arbeitslosenversicherung vorlegen.

Zur Reform der Arbeitslosenversicherung

Berlin, 12. Juni. Die sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien haben die Besprechungen über die Arbeitslosenversicherung am heutigen Mittwoch unter dem Vorsitz des Reichstagsvizepräsidenten Esser fortgesetzt. Es wurde eine Reihe von Vorschlägen zur Lösung der strittigen Fragen erörtert. Das Reichsarbeitsministerium wird die sozialpolitischen und die finanziellen Auswirkungen dieser Vorschläge bis zum morgigen Donnerstag vormittag prüfen. Die Erörterungen sollen am Donnerstag nachmittag abgeschlossen werden.

Die Finanzlage der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung

Berlin, 12. Juni. Nach einer Mitteilung des Präsidenten Dr. Szupp beträgt die Verschuldung der Reichsanstalt beim Reich zurzeit 275 Millionen RM. Der Verwaltungsrat nahm eine Entschließung an, in der gefordert wird, daß Reichsregierung und Reichstag unverzüglich, und zwar noch in dieser Saison, gesetzgeberische Maßnahmen treffe, die geeignet sind, das finanzielle Gleichgewicht der Reichsanstalt wiederherzustellen.

Der Minderheitenbericht

Madrid, 12. Juni. Das Komitee für die Minderheitenfrage hat seine Arbeiten durch Annahme eines von Brasilien unterbreiteten Endberichts an den Völkerbundsrat und eines Entschließungsentwurfs abgeschlossen. Bericht und Entschließung werden am nächsten Donnerstag in öffentlicher Sitzung vom Völkerbundsrat erörtert werden. Der Madrider Bericht stellt, wie man von deutscher Seite erfährt, eine ganz wesentliche Verbesserung gegenüber der bisherigen Sachlage vor. Vor allem ist der Londoner Bericht, der für Deutschland unannehmbar war, in dem jetzigen Bericht in den Anhang verwiesen worden, so daß er nicht mehr den Ausgangspunkt bildet.

Die Annahme des Minderheitenberichts im Ratokomitee läßt sich keine Schlüsse auf den Ausgangspunkt der gesamten Debatte im Völkerbundsrat zu, obwohl aller Voraussicht nach auch dort die Annahme erfolgen wird.

Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, daß von anderer Seite die Aufrechterhaltung des prinzipiellen Teiles des Londoner Dreierberichts (Ablehnung der Errichtung einer Studienkommission und Ablehnung der Ausdehnung der Garantie des Völkerbunds) gefordert wird. Das würde natürlich die deutsche Haltung entscheidend beeinflussen und müßte zu einer entsprechenden Gegenklärung des deutschen Ratsmitgliedes führen, so daß die heute erzielte Verständigung wieder gefährdet sein könnte.

Die Ratifikation vom Mittwoch

Madrid, 12. Juni. Im Verlauf der Ratifikation vom Mittwoch wurden sämtliche Punkte der Tagesordnung ohne nennenswerte Aussprache erledigt. Die vom Rat ausgesprochene Empfehlung betreffend des Giftgasprotokolls, veranlaßte den finnischen und persischen Delegierten die Bedeutung des Verbots des Gaskrieges und des bakteriologischen Krieges hervorzuheben und die bevorstehende Ratifizierung durch ihre Länder anzukündigen. Aus den Berichten über die deutsch-polnischen Besprechungen in Paris ergeben sich wesentliche Verbesserungen des 21. Artikels des Statuts. Auf Vorschlag des italienischen Ratsmitgliedes wurde beschlossen, gleichzeitig mit der nächsten Völkerbundversammlung eine Konferenz der am Haager Statut beteiligten Staaten abzuhalten. Zur Frage des Beitritts der Vereinigten Staaten zum Haager Gerichtshof wurde beschlossen, die Note Kelloggs durch Mitteilung des Berichtes des Juristenthekes zu beantworten.

Die Genfer Radiostation vor dem Rat

Madrid, 12. Juni. In der Ratifikation wurde debattiert ein Bericht des polnischen Ratsmitgliedes über die Frage der Errichtung einer Radiostation, die dem Völkerbund in Krisenzeiten die Unabhängigkeit seiner Verbindungen sichern soll, entgegen genommen. Auf Grund dieses Berichtes soll der Ausschuss der nächsten Völkerbundversammlung einen erweiternden Bericht über den gegenwärtigen Stand dieser materiell und rechtlich sehr verwickelten Frage, wie auch über die in der letzten Zeit eingegangenen Vorschläge zu ihrer Lösung unterbreiten.

Das Fiasko der Reichsanleihe

Dr. Hifferding über die Reichsanleihe

Berlin, 12. Juni. Im Haushaltsausschuß des Reichstages legte Reichsfinanzminister Dr. Hifferding in Beantwortung der Anfragen über die 300-Millionen-Anleihe dar, wie infolge der Restriktion der Reichsbank die Aufnahme kurzfristiger Kredite für ihn nicht möglich gewesen sei. Da die Kassenlage im Mai besonders schwierig und ohne neue Kredite diese Schwierigkeit nicht zu überwinden gewesen sei, habe er vor der Notwendigkeit gestanden, zu anderen Maßnahmen zu greifen. In Frage sei dabei nur die Auflage einer langfristigen Anleihe gekommen, für die es zwei Wege gab, einmal eine Auslandsanleihe, dann eine Inlandsanleihe. Aus reparationspolitischen Gründen sei eine Auslandsanleihe nicht möglich gewesen. Es blieb also nur der Weg einer Inlandsanleihe. Ein anderer Weg sei weder in der Öffentlichkeit noch hier im Ausschuß gezeigt worden. Sachverständige Bankkreise hätten ihm einen guten Erfolg der Anleihe vorausgesagt. Auch sie hätten sich getäuscht. Er habe infolgedessen zu einer solchen greifen müssen, weil es nur dadurch möglich geworden sei, einen Ueberbrückungsvorschuß von 120 Millionen für den Mai von den Banken zu erhalten. Diese Hauptfunktion habe die Anleihe erfüllt. Er sei durch sie in die Lage versetzt worden, alle Zahlungen im Mai rechtzeitig für das Reich zu leisten. Darüber hinaus erleichtere der Ertrag der Anleihe dauernd die Schwierigkeiten am Ultimo, weil er in dieser Höhe die Aufnahme kurzfristiger Kredite entbehrlich mache.

Für die Kassen der Versicherungsträger und sonstiger Körperschaften habe die Anleihe keinen genügenden Anreiz geboten, weil sie nicht von der Körperschaftsteuer befreit gewesen sei. Bei den Banken sei die feste Uebernahme der Anleihe nicht durchzuführen gewesen, weil bei dieser Anleihe die Situation anders gewesen sei als bei der Reichold-Anleihe, die frei verkäuflich gewesen wäre.

Letzte Nachrichten

11 Insassen eines sächsischen Ueberlandautobusses verletzt
 Berlin, 13. Juni. Auf der erst vor kurzem eingerichteten staatlichen Linie Meissen-Münchritz fuhr ein mit 20 Personen besetzter Autobus gegen einen Straußenbaum und schlug um. Von den Insassen wurden drei schwer und acht leichter verletzt. Die Schwerverletzten wurden ins Landeskrankenhaus in Meissen gebracht. Der Führer des Wagens kam mit dem Schrecken davon.

Großer Wasserrohrbruch in Berlin

Berlin, 12. Juni. In der Kantstraße, zwischen Fasanen- und Uhlandstraße, entstand heute durch Bauarbeiten ein Wasserrohrbruch. Die Kantstraße war schnell überschwemmt. Ein riesiger Wasserstahl in Höhe eines Stockwerkes schoß ununterbrochen aus der Erde. Die Feuerwehr erschien gegen 13 Uhr in der Straße und versuchte den Schaden abzustellen.

Friedensverhandlungen zwischen Staat und Kirche in Mexiko

Newyork, 12. Juni. Wie „Associated Press“ aus Mexiko meldet, empfangt heute Präsident Portes Gil den Erzbischof von Morelia Ruiz Flores und den ihn begleitenden Bischof Diaz in Schloß Chapultepec. Zu dieser Besprechung, die nach einer Verhörung des Präsidenten gegenüber Pressevertretern die Einleitung von Verhandlungen zur Beilegung des seit langer Zeit herrschenden Streites zwischen Staat und Kirche in Mexiko bedeuten dürfte, wurde sonst niemand zugelassen. Die beiden Kirchenfürsten haben es

auch abgelehnt, sich Pressevertretern gegenüber über den Zweck ihres Besuches zu äußern. Nachmittags war die Besprechung noch nicht beendet.

Unwetter im Gebiet von Szamos

Klausenberg, 12. Juni. In der Szamoser Gegend ist in der vergangenen Nacht ein riesiger Hagelschlag verbundener Wolkenbruch niedergegangen, der mehrere Ortschaften unter Wasser setzte. 16 Personen fanden infolge Ueberschwemmung den Tod. Der Sachschaden soll mehrere Millionen Lei betragen. Einzelheiten fehlen noch, da die Telefon- und Telegraphenleitungen durch das Unwetter zerstört worden sind.

Die französischen Verluste in Marokko

Paris, 12. Juni. Savas meldet aus Rabat über die Zusammenstöße einer französischen Aufklärungsabteilung mit Eingeborenen: Zwischen El Bordj und Mit Jakub gezielten zwei Kompagnien marokkanischer Schützen und eine Reiterabteilung in einen Hinterhalt. Den letzten Nachrichten zufolge haben die französischen Truppen 13 Tote und 100 Verletzte zu beklagen, darunter 2 Offiziere. Der Rest der Abteilung hat sich auf Mit Jakub zurückgezogen. Ueber das Schicksal von 15 Franzosen und 70 Eingeborenen hat man noch keine Gewißheit. Truppenverstärkungen sind an den Ort des Ueberfalls entsandt worden.

Die Anklage gegen Ullig

Rattowitz, 12. Juni. Dem Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes, Otto Ullig, der nach Auflösung des schlesischen Sejms infolge Verlustes der Immunität verhaftet und erst nach längeren Bemühungen gegen Stellung einer hohen

Kaution aus der Haft entlassen wurde, ist jetzt die Anklageschrift zugestellt worden. Diese Schrift, die nach „Polonia“ acht Druckbogen umfasst, wirft dem Angeklagten Behelfe zur Entziehung vom Heeresdienst und Erleichterung zur Flucht von Militärdienstpflichtigen nach Deutschland vor. Der Prozeßtermin ist noch nicht festgesetzt, doch kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß der Prozeß erst nach den Gerichtsferien stattfinden wird.

Französischer Protest gegen die amerikanische Zollpolitik

Washington, 12. Juni. Der französische Botschafter überreichte heute im Staatsdepartement eine Note, in der die französische Regierung gegen den Plan, Einfuhrzölle auf gewisse französische Artikel zu erhöhen, Einspruch erhebt. Die Note weist darauf hin, daß von der geplanten Zollherhöhung in mehreren Fällen auch solche Warengruppen betroffen werden, die nicht mit in Amerika erzeugten Waren konkurrieren. Wie verlautet, sind ähnliche Vorstellungen auch von Seiten Spaniens, Italiens und Perus erhoben worden.

Wahrscheinliches Wetter für Freitag

Infolge des Hochdrucks über dem Kontinent ist für Freitag vielfach heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul. Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Unsere Zeitung bestellen!

Milchkühhgenossenschaft Altensteig und Umgebung

eingetr. Gen. m. b. H.

Bilanz auf 31. Dezember 1928

Activa	R.M. S.	Passiva	R.M. S.
Guthaben bei der Geldausgleichsstelle	4340 94	Geschäftsguthaben der Mitglieder	2070 —
Wert der Maschinen u. Gerätschaften	2250 —	Reservefonds	900 —
Waren-Ausstände	43 17	Betriebsrücklage	825 61
Verbrauchsgegenstände	50 —	Milchgelddarlehungen	2200 33
Summe Activa	6684 11	Summe Passiva	5995 94
ab „ Passiva	5995 94		
Reingewinn	688 17		

Der Mitgliederstand betrug am Anfang des Geschäftsjahrs . . . 421
 Zugang . . . 8
 Summe . . . 429
 Abgang . . . 2
 Mitgliederstand am Ende des Geschäftsjahrs 1928 . . . 427

Die Geschäftsguthab. der Genossen betragen:
 am Anfang des Geschäftsjahrs 2.105 R.M.
 Zugang . . . 40 R.M.
 Summe 2.145 R.M.
 Abgang . . . 10 R.M.
 am Schluß des Geschäftsjahrs 2.135 R.M.

Die Haftsummen der Genossen betragen:
 am Anfang des Geschäftsjahrs 42.100 R.M.
 Zugang . . . 800 R.M.
 Summe 42.900 R.M.
 Abgang . . . 200 R.M.
 ergibt Gesamthaftsumme der Genossen
 am Schluß des Geschäftsjahrs 42.700 R.M.

Speiberg, 23. März 1929.

Der Vorstand:

Kalmbach. Kienzie. Seeger.

Neue Ullsteinbücher
je 1 Mk.

M. Kurowski
Erring zahlt
Ein stolzer Mensch, wegen eines nicht begangenen Mordes zum Tode verurteilt, verbüßt geläutert eine Schuld, die kein Gericht bestrafen könnte.

Paul Frank
Das Liebesschiff
Das Liebeserlebnis einer schönen, vielumworbene Frau, die sich bis zum geheimnisvollen Verschwinden eines Mannes für keinen ihrer zahlreichen Verehrer entscheiden kann.

Alle Ullstein-Bücher erhältlich bei:
W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig.

Von privater Hand werden gesucht
5000 Mt.
gegen 1. Hypothek oder
2000 Mt.
gegen Bürgschaft.
Angebote unter Nr. 219 an die Geschäftsstelle des Blattes.

2 junge
Milch-Kühe
hat zu verkaufen
Wilhelm Erhard,
Enzlsteterle.

Cannstatter Geld-Lotterie
zu Gunsten des Brunnen-Vereins in Cannstatt
Loße zu 1 R.M. Ziehung 5. Juli 1929
zu haben in der
W. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig.

Altensteig-Stadt.
Freiwillige Feuerwehr
Am Montag, den 17. Juni rücken sämtliche
4 Kompanien zur Übung aus.
Antreten präzis 7 Uhr abends.
Unentschuldigtes Ausbleiben oder ungenügende Entschuldigung wird bestraft.
Den 13. Juni 1929.
Das Kommando.

Lüchtliges, ehrliches u. fleißiges
Mädchen
sucht Stelle auf 1. oder 15. Juli in Altensteig.
Wer? — sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Ihr neues Kleid
ein Modell aus
Beyers Mode-Führer
(Bd. I: Damen. Preis 1.90, Bd. II: Kinder. Preis 1.20)
Jeder Band mit Schreibbogen
Alles zum Selbstarbeiten!
Überall zu haben!
BEYER-VERLAG / LEIPZIG

Zu beziehen durch die
W. Rieker'sche Buchddg.
Matten u. Mäuse
tötet unfehlbar
Murcid
Schwarzwald-Drogerie.

Ortsvorsteher-, Körperchaftsbeamten- und Rechnervereinigung Nagold.
Die Hauptversammlung
findet am Samstag, den 15. ds. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr im „Rögle“ in Sulz statt. Abfahrt mit Zug in Nagold 13.49, in Wildberg ab mit Kursauto 14.15, abends in Sulz ab mit Kursauto 19.45.
Tagesordnung:
1. Kassen- und Rechenschaftsbericht; Wahlen.
2. Das neue Körperchaftspensionsgesetz (B. E. Henig).
3. Steuerverzugszuschläge.
4. Sonstiges.
Dazu ergeht freundliche Einladung.
Maier. Benz.

Brieftaschen
Geldbeutel
Aktentaschen
Schülerretuis
in reicher Auswahl empfiehlt die
W. Rieker'sche Buch- und Papierhandlung, Altensteig

Holzverkauf.
Am Samstag, den 15. Juni, nachmittags 5 Uhr werden in der Wirtschaft zur „Hochdorfermühle“ aus meinem Wald auf Markung Hochdorf versteigert:
9 Los Reifig
30 Rm. weißtannene Rinde
W. Schneider, Gejelbronn.

Bibliographisches Institut A. G. in Leipzig
In siebenter, neubearbeiteter Auflage erscheint:
MEYERS LEXIKON
12 Halblederbände
Über 100 000 Artikel auf 21 000 Spalten Text, rund 5000 Abbildungen und Karten in Text, über 1000 z.T. farbige Bildertafeln und Karten, über 200 Textbelegungen
Bd. I, II, IV bis IX kostet je 30 Rm., Bd. III 35 Rm.
Sie beziehen das Werk durch die
W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig
und erhalten dort auch kostenfrei ausführliche Ankündigungen

INSERATE für die Sonntagsnummer bitten wir uns frühzeitig aufzugeben.

